

Antrag C 001: Den Umbruch von Wirtschaft und Gesellschaft sozial und ökologisch gestalten

Laufende Nummer: 1000

Antragsteller*in:	Gewerkschaftsrat
Status:	Liegt zur Entscheidung vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	C 001 - I 001, C 002, C 003, C 004, C 005, C 032, C 033, C 042, C 043, C 044, C 045, C 046, C 071, C 072, C 073, C 074, C 077, C 078
Sachgebiet:	C - Nachhaltige Wirtschaft und handlungsfähiger Staat Untersachgebiet: C - Allgemein
Schlagwörter:	Verwiesen an Gewerkschaftsrat
Antragsblock:	Liste B - Beratungsvorschlag (ebenfalls verwiesen an GR)

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 Im noch jungen 21. Jahrhundert jagt eine Krise die nächste. New-Economy-Krise,
- 2 Eurokrise, Corona-Pandemie und der Angriffskrieg auf die Ukraine. Gleichzeitig
- 3 bedroht der Klimawandel die natürlichen Lebensgrundlagen heutiger und zukünftiger
- 4 Generationen. Die Häufung von Krisen und Konflikten ist kein historischer Zufall.
- 5 Unsere Gesellschaft, die Welt, steckt in einer Zivilisationskrise, die sowohl mit dem
- 6 entfesselten Kapitalismus als auch mit imperialem und demokratiefeindlichen
- 7 Machtstreben zu tun hat.
- 8 In der Finanzmarktkrise und in der Pandemie konnte ein interventionsfähiger Staat den
- 9 Kollaps von Wirtschaft und Gesellschaft verhindern. In beiden Krisen zeigte sich die
- 10 zentrale Bedeutung des Sozialstaats, der Daseinsvorsorge und des Gesundheitswesens –
- 11 trotz aller Mängel und Defizite - für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.
- 12 In den vergangenen Jahren hat die Politik die Herausforderung des ökologischen Umbaus
- 13 von Wirtschaft und Gesellschaft endlich angenommen. Die fortschreitende Erderwärmung
- 14 und ihre Folgen werden zunehmend spürbar, auch in Deutschland. Ein Umsteuern wird
- 15 immer dringlicher. Die Ampelkoalition hat ihre klima- und umweltpolitischen
- 16 Anstrengungen vor dem Hintergrund der breiten Klimaproteste (u.a. Fridays for Future)
- 17 verstärkt. Sie bleiben dennoch hinter den erforderlichen Maßnahmen zurück.
- 18 Der sozial-ökologische Umbau ist die zentrale Herausforderung der kommenden
- 19 Jahrzehnte, eine Generationenaufgabe. Er ist verknüpft mit den Umbrüchen, die sich
- 20 aus der fortschreitenden Digitalisierung, informationstechnischen Vernetzung und
- 21 Automatisierung von Produktion, Verwaltung, Dienstleistungen, Infrastrukturen und
- 22 Medien ergeben. Zudem gehen in den kommenden zehn Jahren die Babyboomer in den
- 23 Ruhestand, während die Zahl der Erwerbstätigen zu schrumpfen droht. Die verstärkte
- 24 Einwanderung nach Deutschland kann einen Beitrag zur Bewältigung der damit
- 25 verbundenen Probleme leisten, ist aber auch selbst mit erheblichen Herausforderungen
- 26 verbunden.
- 27 Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft vertieft sich seit über drei Jahrzehnten.
- 28 Auf dem Arbeitsmarkt nahmen unsichere Beschäftigung und Niedriglöhne zu. Die
- 29 Einkommens- und Vermögensunterschiede vergrößerten sich. Während die Zahl der

30 Millionäre wuchs, stieg gleichzeitig die Armut. Der soziale Aufstieg ist schwieriger
31 geworden. Immer mehr Menschen bleiben trotz Arbeit arm und immer mehr Ältere haben
32 trotz jahrzehntelanger Arbeit keine Rente, die zum Leben reicht. Der Bildungserfolg
33 hängt hierzulande weiterhin stark von der Herkunft ab.

34 ver.di hat den Anspruch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche
35 mitzugestalten. Für ver.di stehen dabei die Interessen der Beschäftigten und ihrer
36 Familien im Mittelpunkt. Wir setzen uns dafür ein, dass der gesellschaftliche Wandel
37 nicht zu Lasten sozial Benachteiligter geht. Die Umbrüche müssen sozial gestaltet
38 werden – insbesondere durch gute Arbeit, Tarifverträge, Arbeitsschutz, Mitbestimmung
39 und Beschäftigungspolitik. Wir arbeiten dafür, dass durch den Wandel ein besseres
40 Leben für alle möglich wird.

41 **Krieg und Energiekrise**

42 Der völkerrechtswidrige militärische Einmarsch Russlands in die Ukraine brachte den
43 Krieg im 21. Jahrhundert erneut nach Europa. Dieser Krieg und die in der Folge
44 vorgenommenen Wirtschaftssanktionen beziehungsweise seitens Russlands vorgenommenen
45 Lieferstopps sowie profitgetriebene Preiserhöhungen von Unternehmen ließen die
46 Energie- sowie viele Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise explodieren: Die heimische
47 Inflationsrate kletterte im Herbst/Winter 2022/2023 auf Rekordhöhen. Die Folge sind
48 starke Reallohninbußen, die durch staatliche Entlastungsmaßnahmen nur teilweise
49 ausgeglichen wurden. Unser tarifpolitisches Ziel ist, die Reallöhne durch hinreichend
50 hohe Entgeltsteigerungen zu sichern und reale Einkommenszuwächse durchzusetzen.

51 Eine Gas- und Strommangellage konnte durch massive Flüssiggaskäufe, den Weiterbetrieb
52 von Atom- und Kohlekraftwerken, Einsparungen und rückläufige industrielle Produktion
53 vermieden werden, erleichtert durch einen milden Winter. Der Preis dafür waren
54 erhöhte Treibhausgasemissionen und die Schädigung anderer Länder im globalen Süden,
55 denen die EU das Flüssiggas wegkaufte. Durch den Wegfall des preisgünstigen
56 russischen Pipelinegases werden die europäischen Energiepreise auf absehbare Zeit
57 erheblich teurer sein als zuvor. Dies setzt insbesondere energieintensive Unternehmen
58 unter Druck.

59 Die US-amerikanische Industriepolitik – „Inflation Reduction Act“ – fördert zudem
60 durch milliardenschwere Subventionen und Steuererleichterungen heimische
61 Investitionen. Die EU und Deutschland reagieren auf die verschärfte
62 Standortkonkurrenz mit eigenen Förderprogrammen. Es droht ein Subventionswettbewerb,
63 von dem vor allem Konzerne und ihre Aktionäre profitieren. Dadurch drohen die
64 Finanzspielräume für sozialstaatliche Ausgaben weiter eingeschränkt zu werden -
65 zusätzlich zu der geplanten massiven Erhöhung der Militärausgaben. Auch die
66 Entwicklung Chinas bietet Anlass zur Sorge.

67 Ein intensiver wirtschaftlicher Austausch ist aber im gegenseitigen Interesse. Die
68 enge Zusammenarbeit der großen Staaten ist mehr denn je notwendig. Nur dann werden
69 Klimaschutz und eine naturverträgliche Wirtschaft und Lebensweise auf unserem
70 Planeten, Entwicklung und Armutsbekämpfung in den ärmeren Ländern sowie Abrüstung
71 gelingen können – und somit auch eine positive wirtschaftliche Entwicklung
72 Deutschlands. Internationale Solidarität und Friedenspolitik, internationale
73 Verständigung und gemeinsame Sicherheit in Europa sind und bleiben daher
74 unverzichtbare Elemente gewerkschaftlicher Politik.

75 Politik für den sozial-ökologischen Umbau

76 **Der sozial-ökologische Wandel braucht einen aktiven Staat**, der die notwendigen
77 öffentlichen Investitionen tätigt, Dienstleistungs- und Industriepolitik betreibt,
78 struktur- und regionalpolitisch gestaltet und die öffentliche Beschaffung als
79 Instrument für nachhaltiges Wirtschaften nutzt. In Reaktion auf die Pandemie und die
80 Energiekrise hat der Staat seine großen Handlungsmöglichkeiten unter Beweis gestellt
81 – von enormen Ausgabenprogrammen über öffentlich finanzierte Dienstleistungen,
82 rechtliche Vorgaben bis hin zu Verstaatlichungen. Die Durchsetzung einer
83 nachhaltigen, ökologischen und sozialen Arbeitswelt braucht eine stärkere politische
84 Regulierung, damit sie nicht als soziale Bedrohung wahrgenommen wird. ver.di setzt
85 sich dafür ein, dass in den Vergabe- und Tarifreuegesetzen der Länder neben der
86 Tarifbindung auch sozial-ökologische Standards eingeführt werden. Öffentliche
87 Aufträge und Gelder dürfen nicht länger für Lohndumping und der Abkehr der Klimaziele
88 eingesetzt werden. Unternehmen, die ihre Beschäftigten und die Umwelt zugunsten ihres
89 eigenen Profits ausbeuten, dürfen nicht länger von der öffentlichen Hand
90 subventioniert werden.

91 Märkte können eine wichtige Rolle beim Übergang in eine kohlenstoffneutrale
92 Wirtschaft spielen: Wo sie funktionieren, sorgen sie für Effizienz und wachsenden
93 Wohlstand; nicht zuletzt sind auch Umwelt- und Klimaschutz inzwischen wichtige
94 Wirtschaftsfaktoren geworden. Grüne Märkte können sich aber nicht ohne staatliche
95 Eingriffe entfalten. Damit Märkte grün werden, müssen sie vielmehr politisch
96 gestaltet und entwickelt werden. Unternehmen etwa benötigen für ihre Investitionen
97 Planungssicherheit und klare politische Leitplanken. Dies gilt auch hinsichtlich
98 grundlegender technologischer Weichenstellungen beim Übergang in eine klimaneutrale
99 Produktion. Übergeordnetes Ziel politischer Marktgestaltung muss dabei – neben der
100 Schaffung guter Arbeitsplätze – ein effizienter Einsatz von Energie, Rohstoffen,
101 Arbeit und Kapital sein. So sollten beispielsweise die unter hohem Energieaufwand
102 hergestellten E-Fuels jenen Verwendungsformen vorbehalten bleiben, für die andere
103 Energieträger nicht zur Verfügung stehen – insbesondere dem Flugverkehr.

104 Die zentrale Aufgabe des sozial-ökologischen Umbaus ist die Umsetzung der Klimaziele:
105 Das deutsche Klimaschutzgesetz verlangt die **Minderung der [?]Treibhausgas[?]-Emissionen**
106 gegenüber 1990 bis 2030 um mindestens 65 %, bis 2040 um mindestens 88 %. Im Jahr 2045
107 soll Deutschland klimaneutral sein. Mit dem European Green Deal verfolgt die
108 Europäische Union als Ganze das Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden. Am Wichtigsten
109 ist dafür der rasche und massive Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Stromerzeugung
110 muss bis 2040 praktisch vollständig auf Wind, Sonne, Biogas und Geothermie beruhen.
111 Dabei ist zu beachten, dass der Strombedarf sich durch die geplante Elektrifizierung
112 massiv erhöhen wird.

113 Eine der größten Herausforderungen des sozial-ökologischen Umbaus ist die
114 Energiewende. Der **Ausbau der erneuerbaren Energien** ist bisher deutlich hinter den
115 Zielen zurückgeblieben. Er muss erheblich beschleunigt werden. Durch mehr
116 Photovoltaik-Freiflächenanlagen, Solaranlagen auf allen Dächern, weitere Flächen für
117 Windkraftanlagen kann der Ausbau vorangetrieben werden. Zugleich muss die
118 Versorgungssicherheit mit Strom, Gas und anderen Energieträgern für Haushalte,
119 öffentliche Zwecke und Unternehmen zu bezahlbaren Preisen jederzeit gewährleistet
120 bleiben. Zudem müssen die Übertragungs- und Verteilnetze aus- und umgebaut werden.

121 Des Weiteren müssen die Speicherkapazitäten erweitert werden. Dazu ist auch
122 entsprechende Forschung zu fördern. Darüber hinaus brauchen wir weiterhin Reserve-
123 Kraftwerkskapazitäten. Das alles erfordert hohe zusätzliche Investitionen.

124 Eine wichtige Rolle bei der Energiewende spielt die **Sektorenkopplung**. Sie verzahnt
125 die regenerative Stromerzeugung mit Verkehr, Industrie und Wärmeerzeugung. Wir
126 unterstützen Konzepte, welche die Wasserstoffherzeugung in Betrieben fördern. ver.di
127 setzt sich für diversifizierte Lieferketten und staatlich kontrollierte
128 Energiereserven ein. **Der Strommarkt** muss reformiert werden, um übermäßige
129 Preissteigerungen im „merit order system“ (dabei muss „grüner Strom“ vorrangig
130 abgenommen werden, aber es bestimmt auch das jeweils teuerste zur Bedarfsdeckung noch
131 notwendige Kraftwerk den Preis, der an alle Stromerzeuger gezahlt wird) zu verhindern
132 und um notwendige Kapazitäten zu sichern.

133 Wir setzen uns für den Erhalt der **Gasinfrastruktur** und deren schrittweisen Umbau zur
134 Nutzung für Wasserstoff und andere grüne Gase ein – Fuel Switch. Wir fordern den
135 Ausbau der Wasserstoffproduktion, u.a. zur Speicherung Erneuerbarer Energien. Die
136 grüne Wärmewende ist ein wichtiges Ziel zur CO₂-Reduzierung und verbindet sich mit
137 der Nutzung und dem Umbau der **Kraft-Wärme-Kopplung**. ver.di strebt eine stärkere
138 Nutzung von Abwärme, z.B. aus Rechenzentren oder Produktionsanlagen an. Stadtwerke
139 und regionale Versorger müssen weiterhin eine wichtige Rolle für eine erfolgreiche
140 Energiewende spielen.

141 Auch der **Gebäudebereich** muss seinen Beitrag zur CO₂-Reduzierung leisten – öffentliche
142 und private sowie Wohn- und Gewerbegebäude gleichermaßen. Er ist mit rund 35 Prozent
143 der größte Energieverbraucher in Deutschland, auf ihn entfallen etwa 40 Prozent des
144 CO₂-Ausstoßes (direkte und indirekte Verbräuche und Emissionen). Der Energieverbrauch
145 für Wärme muss auf ökonomisch effiziente Weise drastisch zurückgefahren und auf
146 Erneuerbare umgestellt werden. Dies wird nicht ohne deutliche Mehrkosten möglich
147 sein. Die energetische Gebäudesanierung muss deshalb sozial abgefedert werden, denn
148 schon heute sind viele Haushalte durch hohe Mieten und Wohnkosten überfordert. Wir
149 brauchen ein ausreichendes Wohngeld, vor allem aber brauchen wir mehr sozialen,
150 gemeinnützigen und kommunalen Wohnungsbau. Für die energetische Gebäudesanierung sind
151 auch weiterhin öffentliche Finanzierungsbeiträge unabdingbar – um Mieten bezahlbar zu
152 halten – aber auch, um die Sanierungsquote von heute einem Prozent deutlich zu
153 steigern.

154 Perspektivisch muss hierzulande eine funktionierende **Kreislaufwirtschaft** aufgebaut
155 werden. Die aktuell vorherrschende Wegwerfwirtschaft sollte zugunsten geschlossener
156 Stoffkreisläufe überwunden werden. Die Wiederverwertung von Stahl, Aluminium, Papier
157 und anderen Grundstoffen verbraucht deutlich weniger Energie und Rohstoffe als deren
158 Neuproduktion. Durch staatliche Vorschriften können die Recyclingquoten erhöht
159 werden. Stoffe, die nicht erneuerbar sind, müssen weitgehend durch erneuerbare Stoffe
160 ersetzt werden. Darüber hinaus müssen die internationalen Wertschöpfungsketten und
161 Handelsströme stärker regionalisiert werden. Regional- und Strukturpolitik kann einen
162 wichtigen Beitrag leisten, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu erhalten und
163 auszubauen.

164 Wir brauchen eine **Mobilitäts- und Verkehrswende**. Bis heute hat der Verkehrssektor die
165 Klimaziele weit verfehlt. Die Verkehrswende erfordert das schnelle und entschiedene
166 Handeln der Politik in Bund und Länder. Der ÖPNV muss für alle Menschen bezahlbar

167 sein. Die Finanzierung muss durch eine verstärkte Beteiligung von Bund und Ländern
168 auskömmlich sichergestellt werden. Nur mit deutlich mehr Geld wird sich der
169 notwendige Ausbau des ÖPNV umsetzen lassen. Das gilt auch für die zusätzlichen
170 Aufwendungen für das 49-Euro-Ticket. Dem Personalmangel muss durch bessere Bezahlung
171 und Verbesserung der Arbeitsbedingungen begegnet werden. Nur so können die
172 Beschäftigten gewonnen werden, die die Verkehrswende erst möglich machen: bis 2030
173 ist die Beförderungsleistung zu verdoppeln. Der öffentliche Nahverkehr braucht
174 Vorrang, ein dichteres Netz, kürzere Taktzeiten und saubere Antriebssysteme. Er muss
175 in der gesamten Bundesrepublik erreichbar sein, um die Gleichwertigkeit der
176 Lebensverhältnisse zu fördern und auch in ländlichen Regionen eine Alternative zum
177 motorisierten Individualverkehr zu bieten. Car- und Ridesharing unter Regie der
178 Kommunen oder ihrer Unternehmen können ÖPNV und Bahn ergänzen. Darüber hinaus sollte
179 die Fußgänger- und Radverkehrsinfrastruktur ausgebaut werden. Der Schienenverkehr
180 sollte gegenüber dem Straßen- und Luftverkehr Vorfahrt erhalten. Das erfordert ein
181 erweitertes Bahnnetz und umfassend elektrifizierte Bahnstrecken. Auch der
182 Güterverkehr muss stärker auf die Schiene verlagert und intelligent mit anderen
183 Verkehrsträgern vernetzt werden.

184 Die gesellschaftliche Akzeptanz der Energie- und Verkehrswende ist abhängig von ihrer
185 **sozialen Gestaltung**. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Modernisierung des
186 öffentlichen Fern- und Nahverkehrs schaffen neue Arbeitsplätze. Gleichzeitig gehen in
187 der fossilen Energieerzeugung und in den Industriebranchen Arbeitsplätze verloren.
188 Gewerkschaften, Betriebsräte und Politik müssen diesen Wandel aktiv gestalten und für
189 gute und menschenwürdige Arbeitsplätze zu sorgen. Die Beschäftigten der vom Umbau
190 betroffenen Branchen müssen die Möglichkeit bekommen, sich weiterzubilden, um
191 notwendige neue Qualifikationen zu erwerben. Die neuen Arbeitsplätze müssen Kriterien
192 guter Arbeit entsprechen und tariflich geregelt werden. Dazu ist eine aktive
193 staatliche Qualifizierungs-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik erforderlich.
194 Neue Beschäftigung muss vor allem in den Regionen entstehen, die von Abbau betroffen
195 sind. Hier ist auch die Regional- und Strukturpolitik gefordert. Regionale
196 Transformationsräte, an denen Gewerkschaften beteiligt sind, können einen wichtigen
197 Beitrag zur Bewältigung dieses Strukturwandels leisten.

198 Die **Innenstädte** sind in einer Krise. Der stationäre Einzelhandel steht durch
199 Digitalisierung, Konzentrationsprozesse und ein verändertes Einkaufsverhalten massiv
200 unter Druck. Dennoch hat er Zukunft, wenn er auf Beratung, Service und Lokalität
201 setzt. Der Erhalt lebendiger urbaner Zentren ist aber auch eine politische Aufgabe.
202 Politik muss Gewerbemieten regulieren und Stadtentwicklung weniger
203 verwertungsorientiert ausrichten. Sie muss die Zersiedelung an Stadträndern und im
204 urbanen Umland beenden. Und sie muss für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen, denn
205 solange Tarifbindung und Mitbestimmung im Versandhandel Seltenheitscharakter haben
206 und solange Lohndumping und Subunternehmertum in den Paketdiensten die Regel sind,
207 wird der stationäre Einzelhandel das Nachsehen haben. Politik muss aber auch Impulse
208 für starke, lebendige Innenstädte setzen, indem sie diese durch einen
209 leistungsstarken ÖPNV gut erreichbar macht, Chancen für bezahlbares Wohnen nutzt und
210 die Zentren durch ein breites kulturelles Angebot und durch öffentliche Einrichtungen
211 attraktiv macht.

212 **Ein starker Sozialstaat für den Wandel**

213 Ein moderner Sozialstaat stärkt den sozialen Zusammenhalt, fördert die
214 wirtschaftliche Entwicklung und festigt unsere Demokratie. Dafür muss die physische
215 und soziale Infrastruktur modernisiert, die Daseinsvorsorge gestärkt und die soziale
216 Sicherung verbessert werden. Nur so kann der ökologische Wandel sozial gestaltet
217 werden.

218 **Erziehung, (Aus-)Bildung und Wissenschaft** sind nicht nur für die individuelle
219 Persönlichkeit, unsere wirtschaftliche Entwicklung und den gesellschaftlichen
220 Zusammenhalt unverzichtbar, sondern sie spielen auch für den sozial-ökologischen
221 Wandel eine Schlüsselrolle. Erforderlich sind gut ausgebildete Fachkräfte und
222 ausreichend Möglichkeiten der kontinuierlichen Anpassung von Wissen und Kompetenzen.
223 Wissenschaft und Forschung entwickeln überdies Lösungen für den Klimaschutz.
224 Verlässliche sowie umfangreiche Betreuungszeiten in Kitas und Schulen ermöglichen
225 Beschäftigung und wirken so dem Fachkräftemangel entgegen. Kitas, Schulen und
226 Hochschulen benötigen für all das allerdings eine ausreichende Finanzierung – und die
227 dort Beschäftigten attraktive Gehälter. Von ausreichender Finanzierung aber kann
228 nicht die Rede sein: Die Kommunen beziffern den Investitionsstau bei Kitas auf über
229 10 Mrd. Euro, bei Schulen auf über 45 Mrd. Zugleich ist der Personalmangel gerade bei
230 Kitas enorm, es fehlen nach ver.di Umfragen 173.000 Fachkräfte.

231 Die Pandemie hat die Grenzen des zunehmend auf Profit ausgerichteten
232 **Gesundheitswesens** in Deutschland verdeutlicht. Der Pflegenotstand und der
233 Investitionsstau der Krankenhäuser müssen umgehend beseitigt werden. In der Kranken-
234 und Altenpflege fehlen für eine bedarfsgerechte Versorgung über 200.000 Pflegekräfte.
235 Allein in den öffentlichen Krankenhäusern muss in den nächsten Jahren über 30 Mrd.€
236 investiert werden. Darüber hinaus muss das profitorientierte System der
237 Fallpauschalen überwunden werden.

238 **Kultur, Sport und zielgruppenspezifische Angebote etwa für Jugendliche,**
239 **Migrant*innen, Frauen und ältere Menschen** sind sehr wichtig für das individuelle
240 Wohlergehen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt; das hat auch die Corona-Pandemie
241 gezeigt. Oft werden sie durch die öffentliche Hand getragen oder unterstützt. Als so
242 genannte „freiwillige Aufgaben“ der Kommunen stehen sie oft unter besonderem
243 Finanzierungsdruck. Dabei sind diese Leistungen und Angebote nicht wirklich
244 freiwillig, sondern unverzichtbar. Sie brauchen eine angemessene Finanzierung; der
245 bestehende Investitionsstau etwa bei Sportstätten und Kultureinrichtungen ist
246 dringend abzubauen.

247 Unsere **sozialen Sicherungssysteme** müssen vor Armut schützen und den Lebensstandard
248 sichern. Gleichzeitig sollten sie neue Risiken, die durch eine veränderte Arbeits-
249 und Lebenswelt entstanden sind, besser absichern. Die Sozialversicherungen sollten
250 durch Mindestsicherungselemente im unteren Einkommensbereich –
251 Mindestarbeitslosengeld, Rente nach Mindestentgeltpunkten, etc. – ergänzt werden. Um
252 den Lebensstandard im Alter zu sichern muss das Sicherungsniveau der gesetzlichen
253 Rentenversicherung wieder angehoben werden. Darüber hinaus brauchen wir eine
254 Erwerbstätigenversicherung für Rente und eine Bürgerversicherung für Krankheit und
255 Pflege. Wer durch die Sozialversicherungssysteme nicht aufgefangen wird, darf nicht
256 in Armut fallen. Die soziale Grundsicherung muss als letztes staatliches Auffangnetz
257 vor Armut schützen und eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

258 **Den Umbau solidarisch finanzieren und international gestalten**

259 Für die soziale Gestaltung des ökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft
260 sind sehr **große zusätzliche öffentliche Ausgaben erforderlich**. Insgesamt geht es um
261 eine Größenordnung von über 100 Milliarden Euro im Jahr. Das entspricht rund drei
262 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Etwa die Hälfte sind öffentliche Investitionen und
263 andere Ausgaben für den ökologischen den Umbau von Infrastrukturen, Wirtschaft und
264 Gebäuden und den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Zusätzlich sind hier
265 umfangreiche private Investitionen für Energieeinsparung und Umstieg auf erneuerbare
266 Energien notwendig, die öffentlich gefördert und sozial abgedeckt werden müssen.

267 Die andere Hälfte der zusätzlichen Ausgaben sind Investitionen und mehr Personal in
268 kommunalen und sozialstaatlichen Bereichen. Die größten Bedarfe gibt es in der
269 Bildung (Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildung), im Gesundheitswesen, in der
270 Altenpflege sowie der Sozial- und Jugendhilfe und in der Förderung bezahlbarer
271 Wohnungen. Allein der Investitionsstau in den Kommunen beträgt laut KfW-Kommunalpanel
272 2022 etwa 160 Mrd. Euro, die in den kommenden Jahren abgearbeitet werden müssen. Hoch
273 verschuldete Kommunen brauchen dazu Hilfen von Bund und Ländern zum Abbau ihrer
274 Altschulden. Mehr Geld brauchen wir auch zur Sicherung eines hinreichenden
275 Rentenniveaus, für eine Kindergrundsicherung, ein verbessertes Bürgergeld und andere
276 Sozialleistungen.

277 Diese Ausgaben sind für die öffentlichen Hände nur zu leisten, wenn deren Einnahmen
278 wesentlich verbessert werden und wenn Investitionen wieder durch **Kreditaufnahme**
279 finanziert werden können. ver.di lehnt die bestehende Schuldenbremse ab, sie muss
280 abgeschafft oder zumindest durch die Einführung einer „goldenen Regel“ zur
281 Investitionsfinanzierung reformiert werden. Auch die bestehenden Beschränkungen der
282 öffentlichen Verschuldung durch die EU sind in diesem Sinne zu verändern.

283 In der **Steuerpolitik** müssen große Vermögen wieder einen substantiellen Beitrag zur
284 Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Vermögen oberhalb eines Freibetrags von
285 einer Million Euro je Person müssen wieder mit einer Vermögensteuer belegt werden.
286 Der Steuersatz sollte mindestens ein Prozent betragen und progressiv gestaltet
287 werden, also bei extrem hohen Vermögen mindestens zwei Prozent. Dabei sind auch
288 Betriebsvermögen mit einem erhöhten Freibetrag einzubeziehen. Darüber hinaus ist eine
289 einmalige Vermögensabgabe der Reichen eine Möglichkeit um einen außergewöhnlichen
290 Finanzbedarf des Staates zu decken. Bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer müssen die
291 bisherigen Begünstigungen abgeschafft werden, die die Erben großer
292 Unternehmensvermögen und Aktienpakete weitgehend steuerfrei stellen. In der
293 Einkommensteuer müssen Beschäftigte und Familien mit kleinen und mittleren Einkommen
294 durch einen deutlich erhöhten Grundfreibetrag entlastet werden. Im Gegenzug ist der
295 Spitzensteuersatz für besonders hohe Einkommen auf über 50 Prozent anzuheben, für
296 Millioneneinkommen noch deutlich höher.

297 Bei den Unternehmen muss die Steuervermeidung durch Gewinnverschiebung
298 internationaler Konzerne stärker bekämpft werden. Dafür sind sowohl nationale
299 Möglichkeiten wie Abzugsbeschränkungen und Quellensteuern stärker zu nutzen, als auch
300 international eine Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen auf Grundlage der
301 Vereinbarungen in der OECD durchzusetzen. ver.di strebt dabei einen Mindeststeuersatz
302 von 25 Prozent an. Auch die großen Digitalkonzerne und digitalen Plattformen müssen
303 endlich ihren fairen Steueranteil beitragen. Die Gewerbesteuer ist zu einer

304 Gemeindefirtschaftsteuer auszubauen, die die Steuereinnahmen der Kommunen auf eine
305 breitere Basis stellt. Bestrebungen zu einer weiteren Senkung der Unternehmenssteuern
306 oder weitreichenden Abschreibungserleichterungen lehnt ver.di ab. Wir halten auch an
307 der Forderung nach Einführung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer auf alle
308 Wertpapier- und Devisentransaktionen fest.

309 Ein wichtiger Baustein in der Klimapolitik der EU und der Bundesregierung ist die
310 **Bepreisung des CO₂-Ausstoßes**. Nach Energieerzeugung und Industrie sind seit 2021 auch
311 Verkehr und Gebäude/Heizungen betroffen. Der CO₂-Preis soll von 2024 bis 2026
312 schrittweise steigen und dann durch eine Auktion von Verschmutzungsrechten ermittelt
313 werden. ver.di setzt sich dafür ein, dass der CO₂-Preis langsam und kontinuierlich
314 steigt: Das würde Unternehmen und Verbrauchern Planungssicherheit geben. Die
315 Verteuerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs – z.B. durch höhere Strom-, Öl-,
316 Gas- und Benzinpreise – darf aber Normal- und Geringverdienende nicht stärker
317 belasten. Die erzielten Einnahmen sollten in großen Teilen in Form einer sozial
318 gestaffelten Klima-Kopfprämie an die Haushalte zurückfließen. Wir fordern, dass ein
319 Grundbedarf an Energie für alle bezahlbar zur Verfügung steht, finanzielle Ausgleiche
320 für Geringverdienende, und die Aussetzung von Strom-, und Gas- und Wärmesperren, bei
321 gleichzeitiger Entschädigung der Unternehmen.

322 Der Klimawandel kennt keine nationalen Grenzen. Deswegen werden viele klimarelevante
323 Politikfelder – wie etwa die Klimapolitik selbst, Struktur- und Forschungspolitik,
324 Finanzmarktregulierung und Steuern – heute ganz wesentlich auf **europäischer sowie**
325 **internationaler Ebene** verhandelt. Im Pariser Klimaabkommen verpflichteten sich 195
326 Staaten zu einer substantiellen Reduktion der Treibhausgas-Emissionen. Ver.di
327 unterstützt dieses dringende Vorhaben und betont zugleich die Bedeutung der sozialen
328 Gestaltung des sozial-ökologischen Wandels. Die internationalen Wertschöpfungsketten
329 müssen sozial und ökologisch nachhaltig gestaltet werden. Die höheren
330 Produktionskosten, die durch eine CO₂-Bepreisung im internationalen Handel entstehen,
331 können durch Grenzausgleichsmechanismen auf EU-Ebene ausgeglichen werden.

332 Dies gilt im internationalen Kontext, wo die reichen Nationen ihrer Verantwortung für
333 einen sozialverträglichen Übergang auch in wirtschaftlich schwächeren Ländern gerecht
334 werden müssen. Dies gilt aber auch im europäischen und nationalen Kontext, wo
335 besonders schutzbedürftige Personen und wirtschaftlich benachteiligte Regionen
336 Unterstützung brauchen. Notwendig sind ferner massive öffentliche Investitionen sowie
337 eine gezielte Energie-, Verkehrs- und Strukturpolitik. All dies erfordert staatliche
338 Ausgaben, Regulierungen und Beihilfen, für die auch europäisch die Weichen gestellt
339 werden müssen.